



# NIEDERSCHRIFT

über die 21. Sitzung des Mobilitätsausschusses der

Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 12.10.2022,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:39



Anwesenheitsliste

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Felix Gerig

Kim Neumann

Vertreterin für Dr. Lea Heidbreder; bis 18:25 Uhr  
(TOP 3)

Lea Saßnowski

Vertreterin für Julius Baur; bis 18:51 Uhr (TOP 4)

Ben Schwarz

CDU

Cyrus Bakhtari

Oliver Blanz

ab 17:03 Uhr

Dr. Andreas Hülsenbeck

bis 19:22 Uhr (TOP 6)

SPD

Paule Albrecht

Vertreterin für Aydin Tas

Adrian Koder-Horsten

Lisa Rocker

bis 17:49 Uhr (TOP 4)

FWG

Aniello Casella

Hermann Eichhorn

bis 18:52 Uhr (TOP 4)

FDP

Timo Niederberger

Vertreter für Carsten Triebel

Pfeffer und Salz

Stefan Maaß

Vertreter für Marianne Brunner

beratende Mitglieder

Suhila Algmati

ab 17:07 Uhr



Moritz Raatz

Dr. Martin Schröder

Vertreter für Dieter Wörle; bis 19:11 Uhr (TOP 5)

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Externe Berichterstatter

Arno Demand

Geschäftsführer QNV GmbH

Jan Demand

Betriebsleiter QNV GmbH

Berichterstatter\*innen

Ralf Bernhard

Stefan Grewenig

Christopher Schmidt

Anna Kästner

Schriftführerin

Stefanie Dausch

Entschuldigt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julius Baur

vertreten von Lea Saßnowski

Dr. Lea Heidbreder

vertreten von Kim Neumann

SPD

Aydin Tas

vertreten von Paule Albrecht

FDP

Carsten Triebel

vertreten von Timo Niederberger



DIE LINKE

Moritz Ranalder

Pfeffer und Salz

Marianne Brunner

vertreten von Stefan Maaß

beratende Mitglieder

Susanne Brunck

Dieter Wörle

vertreten von Dr. Martin Schröder



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Da ein Wechsel der Ausschussmitglieder erfolgte, war die Verpflichtung der neu gewählten Person erforderlich. Dieser Tagesordnungspunkt wurde in dieser Sitzung hinzugefügt.

Damit bestand folgende neue Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes
2. Einwohnerfragestunde
3. Verkehrskonzept Queichheim  
Vorlage: 660/327/2022
4. ÖPNV-Sachstand
5. Systematik der Straßenbeleuchtung in Landau in der Pfalz  
Vorlage: 660/332/2022
6. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes**

Der Vorsitzende verwies Herrn Koder-Horsten auf seine Rechte und Pflichten als Ausschussmitglied.

Diese Verpflichtung wurde per Handschlag besiegelt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

### Verkehrskonzept Queichheim

Herr Bernhard erläuterte die beigefügte und bereits bekannte Sitzungsvorlage, welche schon im Ausschuss und im Ortsbeirat vorgestellt wurde.

Ziel des Verkehrskonzeptes sei es, die Schneiderstraße in Queichheim von dem erhöhten Durchgangsverkehr von circa 4.000 Fahrzeugen pro Tag zu entlasten und Geschwindigkeitsüberschreitungen zu reduzieren. Bei den Messungen wurde festgestellt, dass ein hoher Anteil die Schneiderstraße als Abkürzung vom Horstring kommend zur L509 nutzt, um zur Autobahn zu gelangen.

Hier sollen modale Filter für Abhilfe sorgen, indem eine Durchfahrt für den allgemeinen Verkehr nicht mehr ermöglicht wird. Dies wird nicht für Radfahrer und Fußgänger gelten.

Künftig wird der Linienverkehr aus der Schneiderstraße entfallen, nur noch einzelne Schulverstärkerfahrten werden das ESG und die IGS anfahren.

Hieraus wird sich ergeben, dass eine Vielzahl an Schüler\*innen den Fußweg vom Hauptbahnhof zu den Schulen nutzen muss. Aus diesem Grund soll der Rad- und Gehweg noch in diesem Jahr ausgebaut werden, damit ein besserer und sicherer Schulweg ermöglicht wird.

Eine Aufpflasterung an der Einmündung des Fußwegs in die Schneiderstraße soll eine Entschleunigung des Verkehrs erzwingen, damit ein Konflikt zwischen Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen untereinander vermieden wird.

Der Bereich zwischen Schneiderstraße, Finkenstraße und Im Vogelsang wird mit einer Einfahrtsbeschränkung ausgewiesen, aber für Anlieger\*innen und Radfahrer\*innen freigeben. Lediglich Personen, die ein „Anliegen“ in den jeweiligen Straßen haben dürfen noch in die Zone einfahren. Das reine Durchfahren wird nicht mehr geduldet und durch Kontrollen sanktioniert.

Um eine innerörtliche Verlagerung des Durchgangsverkehrs zu vermeiden, wurde die Straße Zum Queichanger im Konzept berücksichtigt. Zudem soll die Querung für Radfahrer im Streckenzug Woogstraße – Alte Hintergasse ermöglicht werden. Dazu muss die Verkehrsbelastung an dieser Kreuzung maßgeblich reduziert werden. Dies soll durch die Einrichtung einer Einbahnstraße zwischen Queichheimer Hauptstraße und Finkenstraße erreicht und durch eine Aufpflasterung zur Reduzierung der Geschwindigkeit unterstützt werden. Nur dadurch kann die Öffnung der Einbahnstraßen Woogstraße und Alten Hintergasse zu einer gegenläufigen Fahrradstraße möglich gemacht werden. Zusätzlich soll ein Stoppschild vor der Straße Zum Queichanger eine Vorfahrtsberechtigung für den Süd-Nord-Verkehr verdeutlichen.

Im Süden der Schneiderstraße soll ebenso wie von Norden kommend ein Geradeausfahren unterbunden werden. Die Weiterfahrt Richtung Horstring und Horststraße wird künftig nicht mehr möglich sein.

Die Weiterführung Richtung Spitalgarten soll für den Radverkehr als Fortführung einer Nord-Süd-Verbindung gestärkt werden. Desweiteren sollen alle auf dem Plan blau hinterlegten Straßen zu einer Fahrradzone ausgewiesen werden, weil das Wohngebiet als reine Wohnstraßen hierfür optimal geeignet sei. Auch die gesamte Kraftgasse wird als Fahrradstraße ausgewiesen.



Der Vorsitzende ergänzte, dass aus verschiedenen Terminen Vorschläge aus der Anwohnerschaft und Ortsbeirat in die Überlegungen mit aufgenommen wurden. Unter anderem betraf dies die Idee der Verkehrsberuhigung in der Alten Hintergasse oder das Abbiegen aus der Johannes-Kopp-Straße heraus. Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung eine bauliche Durchfahrtsbeschränkung in der Schneiderstraße anzubringen, wurde dem Aufstellen eines Einfahrverbotschildes in der Schneiderstraße zugestimmt.

Termine mit Vertretern des Vereins des Horsts wurden angeboten und bereits wahrgenommen.

Frau Albrecht äußerte, dass das Konzept grundsätzlich als gut empfunden werde. Innerhalb der Fraktion sei man unterschiedlicher Auffassung, ob die Ziele in der Schneiderstraße erreicht werden, sei aber bereit den Versuch mitzutragen und nach einem Jahr ein Resümee zu ziehen. Wichtig sei allerdings, dass regelmäßig Kontrollen stattfinden.

Bezüglich der Alten Hintergasse wünschte die SPD-Fraktion, dass dieser Punkt zurückgestellt werde. Der Ortsbeirat hätte einen anderen Wunsch geäußert und die Fraktion möchte sich nicht gegen die Entscheidung des Ortsbeirats stellen.

Der Vorsitzende bemängelte, dass der Ortsbeirat in den letzten Monaten keine schriftlichen Anfragen in Sachen Verkehrsrecht eingereicht hatte. Bedauerlicherweise wurden erst in der Sitzung am 04.10.22 drei Punkte an die Verwaltung herangetragen.

Der Wunsch der Verkehrsberuhigung an der Woogstraße / Alte Hintergasse konnte problemlos aufgenommen und dem entsprochen werden.

Nächste Frage war, ob eine Zone als Zone zu betrachtet sei oder ob verkehrsrechtlich jede Straße für sich als Einfahrtsverbotsstraße mit Anlieger-frei-Regelung anzusehen sei. Dem sei so. Dies stelle jedoch kein Problem dar, da hiermit dem Wunsch der Anwohner\*innen entsprochen werde, die Finkenstraße und Im Vogelsang nicht als Abkürzung nehmen zu können.

Im gesamten Verkehrskonzept bestehe lediglich eine Abweichung zwischen dem Wunsch des Ortsbeirats und dem Vorschlag der Verwaltung. Der Ortsbeirat forderte die geplante Einbahnstraße Zum Queichanger nur bis Höhe Woogstraße auszuweisen und nicht bis Höhe Finkenstraße.

Dies hätte dann allerdings zur Folge, dass der motorisierte Verkehr von Norden kommend über Zum Queichanger und die Herbertgasse zur Queichheimer Hauptstraße gelangen könnte. Der Schleichverkehr würde nur verlagert, aber nicht verringert werden. Die bisherige Problematik würde, wie in den letzten Jahren, weiter bestehen bleiben und eine Verbesserung der Verkehrsmenge bliebe aus.

Im Übrigen würde der Kreuzungsbereich Woogstraße / Zum Queichanger weiterhin unübersichtlich und gefährlich bleiben, insbesondere für den/die Radfahrer\*in, da weiterhin von allen Seiten mit Verkehr zu rechnen sei.

Der Vorsitzende bat darum, in diesem Punkt der Empfehlung der Verwaltung zu folgen. Auch nach Abstimmung mit der Polizei, befürworte diese im Sinne der Sicherheit die Fortführung der Einbahnstraße.

Herr Dr. Hülsenbeck hatte es so verstanden, dass der Ortsbeirat nicht die Einbahnstraße wegfällen lassen wolle, sondern ein Einfahrtsverbotschild mit dem Zusatz Anlieger-frei für den Abschnitt zwischen Finkenstraße und Woogstraße gestellt haben wollte.

Der Vorsitzende wand ein, dass dies nicht umsetzbar sei, da lediglich ein Anwohner eine Berechtigung als Anlieger hätte. Alle anderen würden diese Strecke widerrechtlich als Durchfahrt nutzen und eine Kontrolle wäre nur schwer möglich.



Herr Bakhtari bedankte sich für die transparente Durchführung dieses Konzepts. Allerdings konnte die CDU-Fraktion Punkt zwei dieser Vorlage nicht zustimmen und beantragte beide Punkte unabhängig voneinander abstimmen zu lassen.

Für die Anwohner\*innen würde die Einbahnstraßenregelung eine massive Einschränkung für die Erreichbarkeit der Grundstücke bedeuten. Die Zufahrt wäre nur noch über die Queichheimer Hauptstraße möglich, was wiederum lange Umwege, erhöhten Zeitaufwand und erhöhten Benzinverbrauch mit sich bringen würde.

Der Ortsbeirat hätte dem Konzept nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass der Bereich keine Einbahnstraße wird und die Alte Hintergasse und Woogstraße für die Anwohner\*innen nutzbar bleibt.

Herr Bakhtari schlug als Kompromiss vor, ein Anlieger-frei Schild mit dem Zusatz bis Alte Hintergasse / Woogstraße aufzustellen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass dies nicht aus dem Beschluss dieser Vorlage hervorgehe. Ausdrücklicher Wunsch des Ortsbeirates war es, einen verkehrsberuhigten Bereich mit Schrittgeschwindigkeit einzurichten. Dieser Wunsch wurde unter Punkt zwei aufgenommen. Gegen diesen Punkt zu stimmen, bedeute gegen den Wunsch des Ortsbeirates zu stimmen.

Frau Rocker äußerte Bedenken in ökologischer und ökonomischer Hinsicht, wenn für den Schulweg große Umwege genommen werden müssen und die bereits vollen Vorrangrouten noch voller werden.

Der Vorsitzende stellte in Frage, ob jede Fahrt zur Schule notwendig sei. Er hoffte, dass eine Vielzahl an Personen auf das Rad umsteigen oder den Fußweg nutzen werden und daher keine Verschiebung des Verkehrs an anderer Stelle erzeugt werde. Die Schulleiter beider Schulen seien für dieses Konzept.

Herr Maaß erkundigte sich, worauf die Aussage beruhe, die Ausweisung einer Fahrradzone führe zu einer erhöhten Aufmerksamkeit zwischen den Verkehrsteilnehmern. Er machte diese Erfahrung nicht.

Diese Kenntnis würde man durch eigene Beobachtungen, durch viele Rückmeldungen und eigene Erfahrungen gewinnen, antwortete Herr Bernhard.

Frau Rocker sah sich der Entscheidung des Ortsbeirates gebunden. Ein gutes Argument sei jedoch, sich dies nach einem Jahr nochmals anzuschauen und nachzusteuern. Damit könnte man eventuell vermitteln und zu einem Konsens zu kommen. Ihr sei klar, dass das Konzept nur als Gesamtpaket Sinn mache.

Herr Casella bestätigte, dass das Konzept als Ganzes zu sehen sei und Teile nur schwer herausnehmbar seien. Es sei gut gewesen, die Anwohner\*innen und den Ortsbeirat miteinzubeziehen und auf deren Wünsche einzugehen. Da er sich auch nicht gegen die Entscheidung des Beirats stellen wird, erkundigte sich Herr Casella nach Alternativen zur Alten Hintergasse.

Der Vorsitzende sagte, nach sämtlichen Überlegungen komme nur dieser Vorschlag in Frage.

Herr Niederberger war der Meinung, dass die gesamte Diskussion transparent gemacht werden sollte, damit verstanden werden kann, warum das Konzept Sinn macht, so wie es vorgeschlagen wurde.



Herr Koder-Holsten fragte, ob schon klar sei, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, wenn nach einem Jahr festgestellt wird, dass die vereinbarte Zahl an 1.000 Fahrzeugen nicht unterschritten werden konnte. Dies sollte ebenfalls kommuniziert werden.

Der Vorsitzende sagte, von Seiten der Verwaltung sei der modale Filter wünschenswert gewesen. Bei der Anzahl von 1.000 Fahrzeugen handelt sich um einen Kompromiss mit dem Ortsvorsteher.

Herr Bakhtari hatte einen Änderungsantrag gestellt, dass über den Punkt zwei des Beschlusses getrennt abgestimmt werden soll. Da dies der Wunsch des Ortsbeirats war, müsste der Änderungsantrag lauten, dass die Einbahnstraße Zum Queichanger bis zur Kreuzung Woogstraße / Alte Hintergasse verkürzt werden soll.

Wenn dies so beantragt werde, wird der Vorsitzende dagegen stimmen, da dies gefährlicher für die Verkehrsteilnehmer wäre und so nicht mit der Polizei abgestimmt sei.

Die Sitzung wurde für 5 Minuten zur Beratung unterbrochen.

Frau Kästner beantwortete die Anfrage von Herrn Dr. Hülsenbeck, ob die Einbahnstraße verkürzt und die Alte Hintergasse und Woogstraße als Anlieger-frei Zone ausgewiesen werden könnte.

Grundsätzlich wurden alle Überlegungen nach rechtlichen Normen abgestimmt. In erster Linie muss an Kreuzungen, an denen Kraft- und Radverkehr aufeinander treffen die Übersichtlichkeit gewahrt sein. Es muss schnell und klar erkennbar sein, was von den Verkehrsteilnehmern verlangt wird.

Im genannten Vorschlag könnten Anlieger\*innen von Norden kommend in den Kreuzungsbereich einfahren und nach links oder rechts abbiegen. Allerdings sind die Sichtverhältnisse an dieser Stelle sehr schlecht und unter Umständen befindet sich der Radverkehr bereits unmittelbar am Fahrzeug. Die Haltelinien müssten weit im Kreuzungsbereich angebracht werden, um ausreichende Sicht zu erhalten. Dies wurde in den ersten Vorüberlegungen als sehr problematisch angesehen und man hatte sich dagegen entschieden.

Sollte dem Beschluss nicht zugestimmt werden, müsste eine komplette Prüfung unter Einbeziehung der Polizei erfolgen.

Für den Radverkehr sei der vorgelegte Beschluss mit den geplanten Stoppschildern und dem einseitigen Autoverkehr ein verkehrssicherer Vorschlag.

Weiterhin sei es für die umliegenden Anwohner\*innen nicht vermittelbar, weshalb diese als Durchgangsverkehr gelten und diesen Weg nicht nutzen dürfen, weil deren Anwesen außerhalb der Anlieger-frei Zone liegt. Kontrollen könnten nur schwer durchgeführt werden.

Herr Bakhtari stellte den Änderungsantrag, dass die Einbahnstraße bis zur Kreuzung Woogstraße / Alte Hintergasse verkürzt wird und die Weiterfahrt bis zur Horststraße beidseitig befahrbar bleibt.

Diesem Antrag wurde mit acht von fünfzehn Stimmen zugestimmt.

Ein Beschluss konnte nicht erfolgen und der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### ÖPNV-Sachstand

Herr Grewenig informierte, dass das Landauer Linienbündel „Landau Takt 2022“ zum 11.12.2022 den Betrieb aufnehmen werde.

Ende letzter Woche wurden alle sieben Fahrpläne finalisiert.

Neu hinzukomme das Produkt flexline Landau, welches den Linienverkehr durch eine flexible Bestellung in Form eines On-Demand Service ausweite. Virtuelle Haltestellen wurden unter Einbeziehung der Ortsvorsteher\*innen festgelegt. Buchungen können über eine App oder telefonisch erfolgen, die aktuell noch mit Informationen bestückt wird.

Um die Öffentlichkeit über die Neuerungen zu informieren, findet unter anderem am 15.10.2022 eine Infoveranstaltung auf dem Alten Meßplatz statt. Desweiteren werden soziale Kanäle genutzt, Faltblätter verteilt und eine Plakatkampagne erfolgen, um die Aufmerksamkeit der Kunden zu wecken.

Herr Arno Demand bedankte sich für die Einladung zu dieser Sitzung und freute sich über den Gewinn der Ausschreibung, die eine weitere Zusammenarbeit für die nächsten zehn Jahre mit der Stadt Landau ermögliche. Er lobte die starke, lebendige und dynamische Arbeit der verantwortlichen Mitarbeiter, die mit Interesse dabei seien.

Spannend sei das neue Produkt des On-Demand-Verkehrs, welcher in dieser Form von der Stadt Landau, als einer der Ersten, in das Gesamtangebot des ÖPNV integriert werde.

Für weitere Details gab er das Wort an Herrn Jan Demand weiter.

Da die VRN GmbH bereits hohe Anforderungen bei der Vergabe gestellt hatte, habe sich laut Herrn Jan Demand sein Unternehmen Gedanken gemacht, mit welchen weiteren Highlights ein Mehrwert für den Fahrgast geboten werden könne.

Zum einen besitzen alle Fahrzeuge die neu geschaffen wurden (Kleinbusse und Solobusse) das Abgasnormzeichen Euro 6d. Alle Fahrzeuge für den On-Demand-Verkehr sind vollelektrisch und die Solobusse sind Hybridfahrzeuge.

Zum anderen werden die Fahrzeuge im Innenbereich mit doppelbreiten Innenanzeigen sowie eine WLAN-Verbindung ausgestattet. Desweiteren werden Desinfektionsmittelspender angeboten.

Herr Gerig bemängelte die dreistelligen Liniennummern, die keinen informellen Inhalt hätten und eher zur Unübersichtlichkeit führen würden. Er schlug deshalb vor, die Einer- und Zehnerstellen hervorzuheben und die Hunderterzahl sehr klein zu halten oder gar ganz abzusetzen.

Herr Grewenig wand ein, dass die zweistelligen Liniennummern bereits anderen Städten vorbehalten seien. Ob eine Verkleinerung der „Fünf“ auf den Anzeigen möglich sei, müsse mit der VRN GmbH abgeklärt werden.

Herr Dr. Hülsenbeck fragte hier nach, ob eine farbliche Absetzung möglich sei.

Herr Grewenig äußerte, dass die Schrift bei allen Anzeigen in Orange dargestellt sei und die Linienbusse in einem einheitlichen blau in Erscheinung treten. Es sei ihm nicht bekannt, dass andere Farben machbar seien.

Herr Jan Demand ergänzte, dass laut der Norm BO-Kraft eine farbliche Kennung im Sinne der Barrierefreiheit nicht erfolgen dürfe.



Herr Arno Demand gab zu Bedenken, dass Fahrplanauskünfte nicht nur regional, sondern bundesweit abgerufen werden. Für eine Einheitlichkeit sollte daher an den bisherigen Standards festgehalten werden.

Frau Albrecht wurde angetragen, dass das OHG und das MSG am Nachmittag seit Schulbeginn nicht mehr angefahren werde. Nun erkundigte sie sich nach der Richtigkeit und den Gründen dieser Aussage.

Laut Herrn Grewenig fuhr die Linie 540 bis zum 10.09.22 von Bad Bergzabern über Mörzheim und Wollmesheim nach Landau. Morgens seien zwei Gelenkbusse im Einsatz, welche alle Schulen in Landau bedienen.

Mit dem Landkreis Südliche Weinstraße wurde vereinbart, dass die Linie 540 künftig über Impflingen nach Landau einfährt. Um Mörzheim und Wollmesheim weiterhin anbinden zu können, wurde die Linie 532 neu geschaffen, die die Verbindung zum Hauptbahnhof herstellt. Da künftig der Schülerverkehr aus der Linie 540 herausgenommen werden soll, war es erforderlich zusätzlich einen Gelenkbus ab dem 12.12.22 zu bestellen. Dieser werde fast alle Landauer Schulen bedienen und so frühzeitig am Hauptbahnhof ankommen, damit ausreichend Zeit bleibt, das ESG und die IGS per Fußweg zu erreichen.

Am Nachmittag werden 2 Fahrten für die weiterführenden Schulen eingesetzt.

Darüber hinaus wird es die Möglichkeit geben einen Kleinbus zu nutzen, der im Stundentakt den Hauptbahnhof mit Mörzheim verbinden wird, sowie die Nutzung des flexline-Angebotes per App.

Für den Grundschulverkehr werden künftig drei Fahrten auf der Linie 532 eingeplant, welche eine veränderte Linienführung haben werden. Dies werde erforderlich, da eine neue Haltestelle im Bereich des Wohngebietes Am Großgarten in Mörzheim eingerichtet werden soll. Für in diesem Wohngebiet wohnende Kinder entfällt die Nutzung der Haltestelle in der Mörzheimer Hauptstraße.

Weiter erkundigte sich Frau Albrecht, ob die anderen Schulbusfahrten am Hauptbahnhof enden oder weitere Stationen eingeplant wurden.

Herr Grewenig bestätigte, dass die Schülerverstärkerfahrten wie bisher verkehren und teilweise auch am Nachmittag stattfinden werden. Allerdings werden Fahrten, welche nicht als Verstärker gedacht sind, in direkter Richtung Landau verlassen. Es werde zahlreiche Verbindungen an den Knotenpunkten geben, um ein Umsteigen am Hauptbahnhof zu ermöglichen.

Da es keine weiteren Fragen gab, bedankte sich der Vorsitzende bei den Herren Demand für deren Erscheinen und schloss diesen Tagesordnungspunkt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Systematik der Straßenbeleuchtung in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein und gab das Wort zur Ausführung an Herrn Bernhard weiter.

Herr Bernhard erläuterte, dass ein Abschalten jeder zweiten Leuchte aus Sicherheitsgründen nicht möglich sei. Der entstehende Hell-Dunkel-Effekt würde ein erhöhtes Risiko im Straßenverkehr erzeugen.

Das Dimmen von LED-Leuchten, die circa 60 Prozent der gesamten Beleuchtung ausmachen, sei nur mit sehr hohem Aufwand machbar. Hierfür müsse jede einzelne Lampe separat programmiert werden.

Zur Energieeinsparung verbleibe als Lösung nur das zeitweise Abschalten der Beleuchtung. Dazu wird die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten.

Im nächsten Schritt werden technische Möglichkeiten geprüft und analysiert, damit ein schnelles Umsetzen nach einer Aufforderung des Bundes möglich sei.

Herr Schwarz erkundigte sich, ob die Beleuchtung nach Wochentagen abhängig gemacht werden können.

Herr Bernhard antwortete, dass dies mit den zuständigen Personen aktuell geklärt werde. Es zeichne sich ab, dass dies möglich sein könnte.

Herr Niederberger fragte, ob sich hinsichtlich des Stromverbrauchs der Aufwand und die Investition zum Austausch der restlichen Leuchten zu LED-Leuchten lohnen würde.

Der Vorsitzende informierte, dass dies zur Relation von Investitionsmitteln abhängig sei. Zu gegebener Zeit wolle man hierzu tätig werden.





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Verschiedenes

#### Beleuchtung Fußgängerübergang

Herr Bernhard bezog sich auf die Anfrage von Herrn Demmerle aus der letzten Sitzung des Mobilitätsausschusses. Dass Überwege subjektiv nicht als ausreichend beleuchtet erscheinen, liege daran, dass die LED-Leuchten weißes Licht ausstrahlen. Diese erscheinen daher heller als jene, die noch gelb ausleuchten. Alle Fußgängerüberwege seien jedoch nach der Rechtsnorm ausreichend beleuchtet.

In den nächsten Jahren sollen noch alle Übergänge mit den LED-Leuchten ausgestattet werden.

#### Bänke Innenstadt

Herr Bakhtari schlug vor, in dem Bereich der Sparkasse und Hauptpost noch eine weitere Bank aufzustellen.

Herr Bernhard informierte, dass im Zuge des Förderprogramms Belebung der Innenstadt bereits eine Begehung stattfand, um weitere Aufstellplätze für Bänke auszuwählen. Hiernach sei auch der Platz vor der Sparkasse berücksichtigt.

#### Radbrücke Maximilianstraße

Desweiteren erkundigte sich Herr Bakhtari, ob es weitere Informationen zur neu geplanten Radbrücke gebe.

Herr Bernhard äußerte, dass ein Büro beauftragt sei und man in wöchentlichem Austausch stehe. Ideen müssen zunächst von Fachbehörden auf eine Machbarkeit geprüft werden. Sobald eine spruchreife Lösung da sei, werde diese im Ausschuss präsentiert.





Die Niederschrift über die 21. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 12.10.2022 umfasst 6 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 31.

Vorsitzender

Lukas Hartmann  
Beigeordneter

Stefanie Dausch  
Schriftführerin